

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 237 51 51 Fax Redaktion (075) 237 51 55 Fax Inserate (075) 237 51 66 Amtliches Publikationsorgan 1.00 Fr.

AKTUELL

Tessin sieht sich von Neat-Projekt überrollt

Der Tessiner Staatsrat sieht sich vom bundesrätlichen Neat-Projekt quasi überrollt. Er wiederholte am Donnerstag an einer Pressekonferenz seine Forderung nach Zufahrtsstrecken im Tessin. Die Südschweiz sei bereits beim Projekt Bahn 2000 benachteiligt worden, jetzt drohe ihr, dass sie auch bei der Neat überrollt werde, das sei schlecht für den nationalen Zusammenhalt, sagte Staatsratspräsident Pietro Martinelli. Der Kanton Tessin werde marginalisiert. Finanzvorsteherin Marina Masoni äusserte die Befürchtung, dass das Tessin wegen der Benachteiligung bei der Neat auch als Wirtschaftsstandort an Attraktivität verliere. Dies könnte dazu führen, dass sich die Südschweiz stärker an die norditalienische Lombardei anlehnen werde.

SNB pumpt erneut Liquidität in Geldmarkt



Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat am Donnerstag erneut in erheblichem Ausmass Liquidität in den Geldmarkt gepumpt. Dies gab SNB-Sprecher Werner Abegg am Donnerstag nach der Sitzung des SNB-Direktoriums auf Anfrage bekannt. Der Diskontsatz blieb unverändert. Das SNB-Direktorium sehe keinen Anlass zu einer Diskontsatzsenkung, sagte Abegg; der Leitzinssatz liegt seit vergangener 15. Dezember bei 1,5 Prozent. Allerdings habe das Direktorium beschlossen, dem Geldmarkt nochmals zusätzliche Liquidität in erheblichem Ausmass zuzuführen, sagte Abegg weiter; er bezifferte das Ausmass der Liquiditätsspritze nicht näher. Die Massnahme sei sicherlich im Zusammenhang mit der Situation an den Devisenmärkten zu sehen, sagte der SNB-Sprecher. Beim starken Auftritt des Frankens wolle es die Nationalbank nicht zulassen, dass Anspannungen und höhere Zinssätze am Geldmarkt aufträten.

Stark reduziert

Jetzt zugreifen und profitieren!

HANNELORE
MODISCH AKTUELL

IM ZENTRUM KAUFEN, SCHAAN.

Grünes Licht für «Kulturmeile» beim Landesmuseum

Verpflichtungskredit in Höhe von 26,5 Mio. Fr. hat gestern Rechtsgültigkeit erlangt – Vertrag mit Fürst und Erbprinz über Bodentausch liegt vor

(G.M.) – Die «Kulturmeile» vom Engländerbau mit Postmuseum, Staatlichen und Fürstlichen Kunstsammlungen über das erweiterte Landesmuseum und Verweserhaus bis zum Regierungsgebäude ist der Realisierung einen wesentlichen Schritt nähergekommen. Gestern hat der Kreditbeschluss des Landtags die Rechtsgültigkeit erlangt. Nach Angaben von Bauministerin Dr. Cornelia Gassner tagt bereits eine Kommission aus Mitgliedern des Landtags und der Regierung, um das Vorgehen beim geplanten Bau des neuen Landtagsgebäudes und der Erweiterung der Museumsbauten zu koordinieren.

Aus Gründen der Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit sollen die Ausstellungsmöglichkeiten im Zentrum von Vaduz konzentriert werden. Zu dieser Auffassung gelangte die Regierung in ihrem Museumskonzept, das vom Landtag mit der Kreditgenehmigung zur Kenntnis genommen wurde. Bauministerin Dr. Cornelia Gassner plädierte aus kulturellen und wirtschaftlichen Gründen für eine Konzentration der Museumsbauten.

Obwohl die Erweiterung des Museumsviertels im gleichen Zug wie die Errichtung eines Landtagsgebäudes 1993 durch eine Volksabstimmung abgelehnt wurde, war die Regierung bei der Vorlage des Museumskonzeptes und des Kreditbeschlusses der Überzeugung, dass das «in jahrzehntelanger Vorarbeit entwickelte Konzept» für den Ausbau und die Erweiterung des Landesmuseums nach wie vor richtig sei. Mit der Zustimmung zum Finanzrahmen von 26,5 Mio. Fr. stimmte der Landtag grundsätzlich dieser Auffassung zu.



Mit einem Kostenaufwand von 26,5 Mio. Fr. soll das Landesmuseum aufgrund eines Museumskonzeptes saniert und zusammen mit dem Verweserhaus erweitert werden. Der Kreditbeschluss des Landtags hat gestern Rechtskraft erlangt. Mit der weiteren Planung kann nun begonnen werden. (Bild: vito)

Die vorgeschlagene östliche Erweiterung des Landesmuseums kann nicht allein auf staatlichem Baugrund realisiert werden.

Die Regierung hat deshalb einen Bodentausch mit der Fürstlichen Familienstiftung ausgehandelt. Die Verträge liegen nach Angaben von Bauministerin Dr. Cornelia Gassner vor. Insgesamt sind

etwa 200 Klafter zusätzliche Landfläche erforderlich, die gegen eine Teilfläche von etwa 100 Klafter in der Baulücke zwischen Engländerbau und Landesmuseum abgetauscht werden. Der Vertrag räumt dem Staat die Option ein, Boden auch für weitere Bauten im Regierungsviertel gegen Realersatz abzutauschen – wenn sich dies bei einer allfälligen Er-

richtung eines Landtagsgebäudes als notwendig erweisen würde. Demgegenüber hat sich das Land verpflichtet, für die nächsten zwanzig Jahre eine Freihaltung des Grundstücks zwischen Landesmuseum und Engländerbau vorzunehmen, um die spätere Realisierung eines Kunsthause durch den Fürsten im Schlossfels zu ermöglichen.

Preisüberwacher erhält Schonfrist

Parteien und KonsumentInnenforum behalten Vertrauen

Bern (AP) Preisüberwacher Werner Marti sitzt vorerst fest im Sattel. Weder Parteien noch das KonsumentInnenforum sehen bis zum Abschluss des hängigen Strafverfahrens einen Anlass, dem erst seit Anfang Monat als «Monsieur Prix» agierenden SP-Nationalrat und Glarer Regierungsrat das Vertrauen zu entziehen.

Die Bundesratsparteien sind sich in der Einschätzung der Lage weitgehend einig, dass nach wie vor von der Unschuldsvermutung Martis ausgegangen werden muss, wie eine AP-Umfrage ergab. So ist es für SVP-Sprecher Jean-Blaise Defago völlig deplaziert, jetzt die Vertrauensfrage zu stellen. Eine ähnliche Haltung nimmt die CVP ein. Wenn sich die Vorwürfe allerdings erhärten sollten und er verurteilt würde, sei Marti als Preisüberwacher nicht mehr tragbar, sagte Pressesprecher Matthias Gebel. Auch

FDP-Sprecher Markus Seiler wies darauf hin, dass niemand vorverurteilt werden dürfe. Die Frage nach der Vereinbarkeit mit seinem Amt als Preisüberwacher werde erst gestellt, wenn Marti schuldig gesprochen werde. Allerdings müssten strengere Massstäbe angelegt werden als für andere Personen, weil das Amt des Preisüberwachers ein extrem hohes Vertrauen erfordere. Und dieses Vertrauen ist auch für die Präsidentin des KonsumentInnenforums Schweiz Margrit Krüger derzeit nicht in Frage gestellt. Ein Mensch dürfe nicht einfach nach dem beurteilt werden, was einmal war, sagte sie. Das KonsumentInnenforum sei seinerzeit über die Wahl Martis erfreut gewesen, weil er ein Mann sei, der die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge auszuleuchten vermöge. Nach wie vor voll hinter Marti steht auch seine Partei, die SP.

Expo als Mekka der Sonnenenergie

Energiebedarf fast ausschliesslich mit erneuerbarer Energie gedeckt

Bern (AP) Die Landesausstellung 2001 soll zu einer Demonstration der Nachhaltigkeit werden. Zur Deckung ihres Bedarfs soll fast ausschliesslich erneuerbare Energie eingesetzt werden. Dies fordert Swissolar, die Arbeitsgemeinschaft für Solarenergie, wie sie am Donnerstag an einer Pressekonferenz bekanntgab.

Eine emissionsfreie Landesausstellung wäre einerseits eine Weltpremiere, andererseits auch eine Herausforderung für das Schweizer Gewerbe, die Industrie und Planung. Durch intelligente Integration der verschiedenen Anlagen könne ein Grossteil der für die Expo benötigten Energie mit Solaranlagen an Ort und Stelle produziert werden.

Zudem soll in allen rund 3000 Gemeinden der Schweiz Sonnenenergie für

die Landesausstellung produziert werden. Ergänzt durch Holz, Biomasse, Wärmepumpen und Wasserkraft werde es möglich sein, den Energiebedarf weitgehend durch erneuerbare Energieträger zu decken.

Der Schwyzer CVP-Ständerat und Swissolar Präsident Bruno Frick forderte, dass das Bekenntnis zu Nachhaltigkeit zu einer eigentlichen Leitidee der Expo 2001 werden müsse. Er legte eine «Plattform» für eine Expo 2001 der nachhaltigen Energiepolitik vor. Darin wird neben dem Einsatz erneuerbarer Energien für den Betrieb der Expo auch gefordert, dass die Anreise zum Besuch per Bahn oder mit anderen emissionsfreien Transportmitteln zu erfolgen habe. Auch für die Fortbewegung innerhalb der Ausstellung selber sollten nur emissionsfreie Fahrzeuge verwendet werden.

FC Vaduz in der Europacup-Hauptrunde!

Sieg im Penaltyschiessen gegen Riga – 1:1 nach Verlängerung



(ch) – Welch ein Jubel gestern auf dem Vaduzer Sportplatz: Der FC Vaduz steht als zweite Liechtensteiner Mannschaft nach Balzers im Jahre 1993 in der Hauptrunde des Europacups der Cupsieger. Die Fässler-Truppe setzte sich gegen Universitäts-Riga aus Lettland im Penaltyschiessen durch, nachdem man sich wie im Hinspiel 1:1 getrennt hatte und auch die Verlängerung keinen Sieger brachte. Die Auslosung findet heute in Genf statt. (Bild: Beat Schurte)